V20 Gegen automatisierte Diskriminierung in der Polizeiarbeit

Antragsteller*in:	Bryan Bernhard Coughlan (KV Berlin-Treptow/Köpenick)
Tagesordnungspunkt:	TOP 8 Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Als grüne Partei setzen wir uns seit unserer Gründung für Gleichberechtigung ein. Diskriminierung zu bekämpfen und die gleiche Handlungsfreiheit für alle zu schaffen ist ein zentraler Teil unseres politischen Wirkens. Die Digitalisierung stellt uns auch in dieser Hinsicht vor neue Herausforderungen. Denn in den vergangenen Jahren sind die technischen Möglichkeiten, Menschen zu überwachen und statistisch analysieren zu können, erheblich gewachsen.

Eine dieser Neuerungen ist das sogenannte „predictive policing", der Ansatz, durch statistische Analysen kriminelle Aktivitäten vorhersehen zu wollen. Solche Ansätze sind nicht neu - Daten über Einbruchsserien zu verwenden um Gebiete zu identifizieren, in denen häufiger eingebrochen wird, ist seit Dekaden üblich. Die Wirksamkeit prognostischer Methoden zur Kriminalitätsbekämpfung ist aber wissenschaftlich nicht erwiesen. Gleichzeitig führt dieser Ansatz aber zu einem größeren Bedarf an Daten durch die Polizei, was eine falsche Weichenstellung ist.

Automatisierte Rasterfahndung

Sobald Algorithmen eingesetzt werden, um vermeintliche Gruppen zu identifizieren, die mit höherer Wahrscheinlichkeit kriminell handeln könnten, sehen wir darin ein Problem.

Solche Algorithmen bilden zwei Dinge ab: Die Vorurteile der Menschen die sie schreiben und statistische Korrelationen. In der Konsequenz werden Personengruppen, die vom Algorithmus als gefährlich identifiziert werden, stärker überwacht als der Rest der Bevölkerung. Zum einen ist dies stark diskriminierend gegenüber den Personen die, auf Grund ihres sozialen Hintergrundes, damit leben müssen häufiger kontrolliert zu werden. Zum anderen verstärken sich solche Vorurteile selbst: durch schärfere Kontrollen in einzelnen Milieus wird dort auch mehr Kriminalität erfasst – ungeachtet der tatsächlichen Entwicklung dieser Orte. Dies verfälscht die Statistiken auf denen die Algorithmen beruhen und zementiert die Vorurteile durch verzerrte Daten.

Das Berliner System „KrimPro" verwendet unter anderem auch demographische Daten um Gebiete zu identifizieren, in denen zeitnah besonders viele Einbrüche erwartet werden. Verwendete Daten sind hier zum Beispiel das durchschnittliche Alter der Bevölkerung und die Wohnlage, die auch als Proxy für Wohlstand verwendet werden kann. Ein kriminalistischer Mehrwert ist auch hier nicht bewiesen. Selbst wenn hier die Schutzwirkung von größerer Präsenz der Polizei in den Vordergrund gestellt wird: das Schutzniveau wird durch den Einsatz dieser Methoden abhängig von der Demographie.

Vorurteile und Diskriminierung sind sehr alte Probleme. Neu ist, dass diese jetzt technisch institutionalisiert werden können. Mit der Programmierung solcher Algorithmen wird die Diskriminierung von Milieus in den Befugnissen der Polizei festgeschrieben. Korrelationen dürfen dabei jedoch nicht in Kausalitäten überführt werden.

Massenüberwachung

Wenn die Analyse nicht nur demographische, sondern auch personenbezogene Daten verwendet werden, verschärft sich das Problem weiter. Bei diesen Ansätzen geht es um die statistische Auswertung des Verhaltens aller Menschen im Einzugsgebiet, um kriminelle Handlungen vorhersehbar zu machen. Das Verhalten in den Sozialen Medien, soziale Verbindungen zu Milieus die als gefährlich wahrgenommen werden und Freizeitaktivitäten wie Boxen, können von Algorithmen als Indikator für kriminelle Neigungen aufgefasst werden.

Um stärkerer Überwachung zu entgehen, entsteht so ein Druck in der Bevölkerung sich möglichst „normal" zu verhalten, was die persönliche Freiheit einschränkt. Trotzdem wurden solche Ansätze unter Beteiligung grüner Fraktionen in Hessen umgesetzt und in Hamburg geplant.

Forderungen

Aus diesen Gründen sind statistische Methoden zur kriminalistischen Prognose des Verhaltens von Individuen oder von Gruppen mit den Grundwerten unserer Partei unvereinbar. Wir fordern daher auf die Analyse demographischer oder personenbezogener Daten in der prognostischen Polizeiarbeit zu verzichten.

Darüber hinaus fordern wir auch über die Grenzen Berlins hinaus gegen den Einsatz solcher Technologien einzutreten, zum Beispiel im Bundesrat.

Unterstützer*innen

Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Kreisfrei); Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Michael Servatius (KV Berlin-Kreisfrei); Aida Baghernejad (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anika Wiest (KV Friedrichshain-Kreuzberg)